



Brexit - Unsicherheit bleibt

Mittlerweile befinden sich Großbritannien und die EU in der Verhandlungsphase, in der über die zukünftigen Handelsbeziehungen entschieden werden soll. Ursprünglich sollten diese Verhandlungen bis zum Herbst 2018 abgeschlossen werden, denn unter anderem muss dem Ergebnis auch das Europaparlament noch zustimmen. Mittlerweile ist aber davon auszugehen, dass vor November/Dezember keine Einigung erzielt werden kann und dass die Vereinbarung über die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen eher vager Natur sein wird. Die Wirtschaft wird also weiter mit einer hohen Unsicherheit leben müssen.

Angesichts der "roten Linien" der britischen Regierung (u.a. Beschränkung der Einwanderung, Loslösung vom Europäischen Gerichtshof, Austritt aus der Zollunion und dem europäischen Binnenmarkt), der Zerstrittenheit des Kabinetts und der zunehmenden Zeitknappheit ist nicht klar absehbar, wie ein möglicher Verhandlungskompromiss aussehen könnte. Die von allen Seiten gewünschte Aufrechterhaltung der offenen Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland ist aufgrund der roten Linien mittlerweile zu einem erheblichen Stolperstein in den Verhandlungen geworden und derzeit ist noch keine wirkliche Lösung dieses Problems in Sicht.

Auch aus diesem Grund kann ein abrupter, sogenannter no-deal Brexit auch nicht völlig ausgeschlossen werden. Ein no-deal Brexit würde zwangsweise zur Wiedereinführung von Zollkontrollen an den Grenzen führen. Unabhängig von tatsächlichen Zollzahlungen ist dann auf jeden Fall mit einem deutlich erhöhten administrativen Aufwand und zeitlichen Verzögerungen zu rechnen. Diese Verzögerungen hätten wiederum weitreichende Auswirkungen auf international verwobene Lieferketten und würden deshalb zu erheblichen Engpässen im Warenverkehr führen.

Mit der bereits grundsätzlichen Einigung auf eine Übergangsphase ist aber ein gewisser mittelfristiger Weg vorgezeichnet worden. Ebenfalls ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass diese Übergangsphase auch über den Dezember 2020 hinaus in der einen oder anderen Form verlängert werden wird, denn die geordnete Loslösung der Briten von der EU wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen.

Selbst wenn es aber zu einem harten Brexit kommen sollte, darf nicht vergessen werden, dass das Vereinigte Königreich trotz der dann erwarteten kurzfristigen erheblichen Verwerfungen aufgrund der Sprache und der traditionell globalen Vernetzung langfristig betrachtet ein begehrter Standort und ein wichtiger Partner Deutschlands bleiben wird. Die britische Regierung wird sich bemühen, attraktive Rahmenbedingungen zu bieten, z.B. die wettbewerbsfähige Besteuerung von Unternehmen und ein generell wirtschaftsfreundliches regulatives Umfeld. Die Briten dürften zumindest von ihrer Seite keine signifikanten tarifären Handelshemmnisse aufbauen. Wie es mit nicht-tarifären Beschränkungen aussehen wird, bleibt abzuwarten. Mit ihrer „Industriestrategie“ erhofft sich die britische Regierung, die vergleichsweise niedrige Produktivität des Landes durch gezielte Investitionen in ausgewählte Kernbranchen zu steigern (z.B. physische und digitale Infrastruktur) sowie die Attraktivität des Standorts durch die Förderung ausgewählter Industrien (Pharmaindustrie und Biotechnologie, künstliche Intelligenz und Digitalisierung, Elektromobilität und autonomes Fahren, Schienenverkehr und Straßenbau) zu untermauern. Wie weit aber diese

Strategie von Erfolg gekrönt sein wird, bleibt abzuwarten – ähnliche Bemühungen über die letzten Jahrzehnte waren nicht unbedingt immer erfolgreich.

Langfristig bieten sich weiterhin Chancen für deutsche Unternehmen in Großbritannien, denn die deutsche Wirtschaft produziert das, was die Briten kaufen wollen. Die Größe dieser Chancen hängt natürlich sehr stark davon ab, wie sich das Wirtschaftswachstum in Großbritannien mittel- bis langfristig entwickelt, da die deutsche Wirtschaft den britischen Markt überwiegend als Absatzmarkt und nur – auch im europäischen Vergleich – zu einem relativ geringen Teil als produktionsorientierten Investitionsstandort sieht. Trotz des schwächeren Pfunds und des abflachenden Wirtschaftswachstums haben sich die britischen Importe erhöht, Tendenz eher steigend, wobei deutsche Maschinen und Ausrüstungen, Kommunikationstechnologie und Medizintechnik weiter besonders gefragt sind.

Alle Augen sind jetzt auf das Ergebnis der Verhandlungen gerichtet, aber wie auch immer die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen Großbritanniens mit der EU aussehen werden, Deutschland wird weiterhin ein starker Partner bleiben.

Dr. Ulrich Hoppe
Hauptgeschäftsführer
Deutsch-Britische Industrie- und Handelskammer